



Wanderer

Älteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Wanderer erscheint wochentlich, mittags. — Bezugspreis: In Deutsch-Oberschlesien für auswärtige Anzeigen die einseitige mm-Seite 0,12 1/2 GM, im Reklameteil 0,50 GM. — Amliche, Finanz- und Seilmitteleinlagen im Industriebezirk 0,20 GM, amtliche Anzeigen auswärts 0,30 GM. — In Polnisch-Oberschlesien die mm-Seite 0,10 bzw. 0,40 Zloty. — Angebots- und Auktionsvermittlung 0,10 GM. — Beilagengebühr 4. — GM %₁₀₀. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Afford oder bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort.

Doumergue, Nachfolger Millerands

Paris, 14. Juni. Die Wahl des Präsidenten durch die National-Versammlung in Versailles wurde um 5 Uhr geschlossen. Das Resultat folgendes: 860 Stimmen wurden abgegeben. Doumergue erhielt 515, Painlevé 309, der Kommunist Camelinat 21 Stimmen. 8 Stimmen waren zerstückelt, 7 Stimmen ungültig. Doumergue ist somit zum Präsidenten der Republik gewählt.

Aufwärtsbewegung?

... ich werde alles tun, um den Dampf aus dem europäischen Kessel zu lassen ...
Herriot.
Es geht es aufwärts mit der Reparations- und Währungsfrage. Während sich die 29. Sitzung des Ausschusses in Genf durchaus nicht in besonderem erfreulichen Sinne abwickelt, so ist aus dem ersten Eindrucke heraus. Die englische Presse hat ihre Regierung zurzeit in Berlin da, wo sie arbeitet, das hat der am 1. September folgenden Vollversammlung des Völkerbundes von deutscher Seite ein Antrag auf Aufnahme der Reparationsfrage in die Tagesordnung gemacht. In diesem Sinne hat die englische Regierung hat es zwar abgelehnt, sich mit Russland zu treffen, um sich mit ihm über die Durchführung des Dawesgutachtens zu verständigen. Herriot hat zugesagt, daß er die Völkerbundesversammlung im Herbst persönlich besuchen werde. In diesem Sinne ist es zweifellos zu erwarten, daß die amerikanische Kommission mit Mexiko in Cleveland wieder als Kandidat für die Präsidentschaft aufgestellt wird nach 26-tägiger Beratung eine Rundgebung beschließen, die a. mit der Außenpolitik, den interalliierten Beziehungen und dem Weltfriedensgerichtshof befaßt. Die Lösung der interalliierten Schuldenfrage allerdings in dieser Rundgebung abgelehnt. Weiterhin wird die außenpolitische Stellung Amerikas dahin bestimmt, daß die Vereinigten Staaten nur tatkräftig an der Lösung der großen internationalen Probleme mitarbeiten wollen.

Ein zweiter Sonnenstrahl am sonst so trüben Horizont: Ein amerikanisches Syndikat, das 34 Banken in den Wirtschaftskreisen der Vereinigten Staaten umfaßt, gewährt einen Kredit von 25 Millionen Dollars an die deutsche Goldkreditanstalt. Diese Hilfe der amerikanischen Bankwelt ohne besondere oder gar drückenden Bedingungen ist ein Zeichen für das erstarkende Vertrauen des Auslandes in eine Gesundung des deutschen Wirtschaftslages. Die deutsche Wirtschaft ist im Augenblick wieder auf einem überaus kritischen Punkte. Das Miumsystem hat von den wirtschaftlichen der deutschen Industrie einen erheblichen Teil abgezogen. Im Bereich der rheinischen Wirtschaft ist der erste große Zusammenbruch eingetreten. Von andern spricht man bereits deutlich. Der Kampf im Bergbau beruht im letzten Grunde nicht auf anderem, als auf die Miumverträge. Die allgemeinen Kreditnot und der allgemeinen Streikzeitung bestehen natürlich Zusammenhänge. Es ist die allerhöchste Zeit, daß auf dem Gebiet etwas geschieht, um das Vertrauen zur schließlichen Aufwärtsbewegung zu wecken. Es muß die Entscheidung der Miumfrage zum 15. Juni lauten, der Drehpunkt der ganzen Lage. Es liegt in der Stellungnahme der deutschen Wirtschaft zum Dawesgutachten und seiner Durchführung. Erleichtert werden dem deutschen Industrie die nächsten Schritte durch den politischen Sieg in Frankreich. Herriot, der französische Ministerpräsident, hat in einer Verhandlung mit englischen Pressevertretern angekündigt, er werde sein Möglichstes tun, um in den Verhandlungen zu Deutschland, den Dampf aus dem Kessel zu lassen. Damit ist die Entspannung des furchtbaren Druckes, der auf Europa jugelagt. Hält Herriot, was er verspricht, so man trotz aller Sorgen schon sagen: Es geht aufwärts!

Der Kampf gegen Ebert

Berlin, (Privattelegr.) Nachdem der rote Parteitag die drei Anträge gegen den Reichspräsidenten Ebert, nämlich: Absetzung, Amtsenthebung, Aufhebung eines neuen Verfassungsentwurfes (Grunddaten) aus formalen Gründen nicht zur Abstimmung gebracht hat, haben die Sozialdemokraten unter Leitung eines Vertreters der Sozialdemokraten beschlossen, sich mit der Entscheidung nicht aufzugeben zu geben. Die Antragsteller formulierten einen Protest gegen die Verabschiedung der Abstimmungen. Innerhalb der Partei und der Gewerkschaften soll der Kampf gegen die Ebertfortsetzung fortgesetzt werden.

Der Verlauf der Wahl

Am Paris, 13. Juni. Die Abstimmungen begannen um 2 Uhr. Vor Beginn der Abstimmungen hielten die Linksparteien eine erregte Sitzung ab. Painlevé wurde als offizieller Kandidat der Linksparteien aufrecht erhalten. Die ganze Rechte hat für Doumergue gestimmt. Bei der Verkündung des Resultats entstand im Konrektorat ein arabischer Tumult. Die Rechte und das Zentrum brachten Doumergue Ovationen dar. Die Linksparteien



Doumergue

und die Kommunisten antworteten durch unverständliche Lärmende Rufe und Klapperreden mit den Deckeln. Nachdem auch das Resultat für Painlevé und den kommunistischen Kandidaten verkündet worden war, stimmten die Kommunisten die Internationale an. Die Rechtsparteien antworteten mit dem Gesang der Marseillaise, wobei sie durch kommunistische Zwischenrufe „Es lebe die Kommune“ „Es lebe die Amnestie“ unterbrochen wurden. Das anwesende Publikum stimmte in die Nationalhymne mit ein. Der leitende Präsident hob die Sitzung unter großem Tumult auf.

Die neue Regierung im Gedränge

Ob. Genf, 14. Juni. (Fig. Ver.) Das Journal meldet aus Paris: Die Syndikalisten und die Kommunisten haben für kommenden Sonntag 6 Uhr Versammlungen in Paris und im Seine-Departement einberufen, in denen von der neuen Regierung die Aufhebung der Ruhrbesetzung, die Freigabe der politischen Gefangenen und der Abschluß eines Bündnisses mit Sowjet-Rußland gefordert werden soll.

Die Mium-Verträge

U. Köln, 13. Juni. Wie die Kölnische Volkszeitung aus Kreisen des Verabaus, soweit er an der Erbeuerung der Miumverträge interessiert ist, hört, rechnet man damit, daß zu Beginn der nächsten Woche ein etwa ein bis einhalb Monate dauerndes Probatorium auf der bisherigen Grundlage des Abkommens und zwar nach dem Stande vom 15. April geschaffen wird, ohne daß von Seiten der Franzosen den Wünschen der Rechenbesitzer auf Erleichterung der Verträge in größerem Umfang Rechnung getragen werden dürfte.

Doumergue und verschiedene Abgeordnete begeben sich darauf in den Saal des Schlosses von Versailles, wo sämtliche Minister und der Ministerpräsident Francois Marial den neuen Präsidenten der Republik offiziell begrüßten. Doumergue antwortete hierauf durch eine kurze Ansprache, in der er seinen Dank für das ihm anvertraute Vertrauen bezeugte.

Die Rede von Herriot

Am Paris, 13. Juni. Morgens vormittag wird Doumergue Herriot empfangen und ihm die Bildung des neuen Kabinetts anbieten.

Am Paris, 13. Juni. Der erste offizielle Regierungsausschuss bestand darin, daß er Herriot mitteilte, daß er ihn sobald wie möglich zu sprechen wünsche, und daß es ihm annehmbar wäre, ihn alsbald nach Schluß der offiziellen Wahlhandlung zu empfangen.

Herriot's Programm

Am Köln, 14. Juni. (Fig. Bericht.) Der Antwerpener Telegramm meldet aus Paris: Herriot hat unmittelbar vor der Abstimmung in Versailles in der Sitzung der radikalsten Partei eine Erklärung abgegeben, wonach er sich auf den Boden der Versailles-Verträge so lange stellen müsse, bis er die Grundlage einer engeren Zusammenarbeit mit den Alliierten gefunden habe. Das schließt nicht aus, daß er Deutschlands Verpflichtungen auf ein extrajuridisches Maß zurückzuführen, wobei er an die Zustimmung der übrigen Alliierten gebunden bleibe.

Marshall's Rücktritt

Am Paris, 13. Juni. Das Elisee veröffentlicht heute abend 8 Uhr solches offizielles Kommuniqué: Die Minister haben sich im Elisee sofort nach Antritt des Präsidenten der Republik zu einem Ministerrat versammelt. Der Ministerpräsident Francois Marial hat dem Präsidenten der Republik seine Demission unterbreitet. Präsident Doumergue hat hierauf die Minister gebeten, bis zur Bildung des neuen Kabinetts die laufenden Geschäfte zu behandeln.

Wohnsteuer für „Nichtarbeitende“

N. Moskau, 14. Juni. Der hiesige Sowjet hat beschlossen, eine neue Steuer einzuführen, und zwar auf die Wohnungsverhältnisse. Diese Steuer wird allein von der „Nichtarbeitenden“ Bevölkerung erhoben, und die Steuerhöhe ist sehr hoch.

Amerika und Japan

U. New York, 13. Juni. Ein Radiotelegramm aus Japan besagt, daß die Amerikaner, welche in Japan anwesend sind, in großer Anzahl Japan verlassen, wegen der Schwierigkeiten, die ihnen auf Grund des neuen amerikanischen Einwanderungsgesetzes gemacht werden.

Die Kreditfrage

X Berlin, 13. Juni.

Bei der Verlängerung der Mium-Verträge handelt es sich vor allem darum, woher die deutsche Industrie, die sowohl durch die allgemeine schlechte wirtschaftliche Lage Deutschlands wie durch den langen Streit im wesentlichen Ruhrbergbau große Einbußen erlitten hat, das Geld nehmen soll, um den Verpflichtungen der Mium gegenüber nachkommen zu können. Das Dawes-Gutachten sieht bekanntlich eine große Auslandsanleihe für Deutschland vor, die die Uebernahme neuer Leisten auf Reparationskonten ermöglichte. Da aber das Gutachten noch nicht in Funktion getreten ist und erst noch Gegenstand länger Erörterungen zwischen den Alliierten und Deutschland sein wird, sobald die neue Regierung in Frankreich gebildet ist, bleibt die Frage der Kreditbeschaffung für die deutsche Industrie offen. Englische Finanzkreise haben den Vorschlag gemacht, die deutsche Industrie solle eine kleine innere Anleihe aufnehmen, die ganz dazu dienen soll, für etwa einen Monat die Lieferungen für die Mium zu finanzieren. Im Augenblick der Kreditnot scheint es jedoch überflüssig, einen derartigen Versuch überhaupt zu unternehmen, da die Geldknappheit in Deutschland heftigste Formen angenommen hat und in absehbarer Zeit nicht abzustellen sein wird. Der Industrie wird also nur der Weg offen bleiben, sich im Auslande nach Krediten umzusehen. Jedemfalls wird die Miumfrage die Erledigung des Sachverständigen-Gutachtens sehr fördern und beschleunigen und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Verhandlungen mit der Mium sich bis zur Regelung dieser Frage hinauszögern.

Zur Befolungsfrage

Verbleibende Aufhebung der Ermächtigung der Regierung.

X Berlin, 12. Juni.

Der Reichstag wird sich in einer seiner nächsten Sitzungen nach den Ferien mit den Befolungsanträgen zu beschäftigen haben, die vor allem von deutschnationaler und sozialdemokratischer Seite in großer Anzahl gestellt worden sind. Bisher lag es auf Grund einer Ermächtigung in den Händen der Regierung, völlig selbständig die Erhöhung der Beamtenbesätze vorzunehmen. Auch der Grad der Erhöhung lag ganz in ihrem Ermessen. Es haben sich aber im Verkehr zwischen den Vertretern der Regierung und den Beamten-Organisationen auf Grund dieser Ermächtigung große Unzufriedenheiten herausgebildet, und den Parteien Veranlassung gegeben, der Regierung diese Selbstständigkeit in der Festsetzung der Gehälter wieder zu nehmen. Für die Aufhebung der Ermächtigung haben sich bisher die Bayerische Volkspartei, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten entschieden. Die anderen Parteien haben zu dieser Frage noch keine klare Stellung angenommen. Die Befolungsfrage würde also künftig auf dem Wege der jeweiligen Uebereinkunft zwischen der Regierung und den Beamten-Organisationen vor sich gehen.

Das Schicksal der Ruhrgefangenen

U. Berlin, 14. Juni. Aus dem besetzten Gebiet wird der U. zuverlässig mitgeteilt: Die Behandlung der in den französischen Gefängnissen im Elsen unterbrachten politischen Gefangenen läßt neuerdings sehr zu wünschen übrig. Die Verpflegung ist mehr als mangelhaft, weil das rote Kreuz nicht mehr über die notwendigen Mittel verfügt. Die Gefangenen werden während der Untersuchung, die mindestens zwei Monate dauert, in Einzelhaft gehalten. Karten und Mäuse verweigern die Zellen. Wenn auch das Aufsichtspersonal in manchen Fällen sich sehr human zeigt, so gibt es doch auch französische Personal, das aus seiner Abneigung gegen alles Deutsche keinen Hehl — und den Gefangenen das Leben zur Hölle macht. Die Gefangenen werden jetzt auch zum Teil mit französischen Verbrechern zusammen eingepferkt, die sich im besetzten Gebiet Verfehlungen haben zuschulden kommen lassen.